Hauptausschuss 08.07.2019 – offene Beschlüsse -

FB	Gremium	Termin	n. öff.	Vorlage	Betreff	WV	zu erl. bis	erl. am
01	Hauptausschuss	03.04.2017		95/2017	Antrag der Fraktion B90/Grüne vom 10.02.2017: Umgang mit nicht-öffentlichen Informationen		02.07.2017	

Beschluss 1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Anpassung der Passwortregeln des Ratsinformationssystems entsprechend der Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) umzusetzen. Dies bedeutet vorrangig die Umsetzung folgender Maßnahmen: - Nach der Neueinrichtung von Benutzern sollte das System einen Passwort-Wechsel nach der Erst-Anmeldung erzwingen. - Der Passwortwechsel sollte vom System regelmäßig initiiert werden, z.B. alle 90 Tage. - Die Wiederholung alter Passwörter beim Passwortwechsel sollte vom IT-System verhindert werden (Passwort-Historie). - Die Wiederherstellung des ursprünglichen Passworts ist durch ein geeigneteres Verfahren, z.B. Zusendung eines neuen Passworts, zu ersetzen. Darüber hinaus sind die weiteren Erläuterungen nach BSI – IT-Grundschutz – M 2.11 Regelung des Passwortgebrauchs https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/ITGrundschutz/ITGrundschutzKataloge/Inhalt/content/m/m02/m02011.html zu berücksichtigen.2. Die Verwaltung prüft, ob die Integration einer Zwei-Faktor-Authentifizierung für die Bereitstellung von nichtöffentlichen Daten in das bestehende Ratsinformationssystem möglich ist. Alternativ ist die Verwendung eines entsprechend abgesicherten virtuellen Datenraums zu diesem Zweck zu prüfen.

Informationen Für den geschlossenen Bereich des Ratsinformationssystems sind die alten Kennwörter zurückgesetzt worden. Das System ist so eingerichtet worden, dass zukünftig alle drei Monate das Kennwort geändert werden muss. Nach Mitteilung der regio IT befindet sich die Fa. Sternberg bei der 2-Faktor-Authentifizierung nach wie vor in der Entwicklungsphase. Die Programmierung wird sich bis ins 4. Quartal 2018 erstrecken, weil alle vier Plattformen (RIM, iRICH, anRICH, winRICH) angepasst werden müssen. Sobald die entsprechenden Programmversionen zur Verfügung stehen, wird die Stadt Gütersloh an weiteren Tests beteiligt. Es ist davon auszugehen, dass der produktive Einsatz bei der Stadt Gütersloh erst Anfang 2019 möglich sein wird.

FB	Gremium	Termin	n. öff.	Vorlage	Betreff	WV	zu erl. bis	erl. am
01	Hauptausschuss	10.07.2017		215/2017	Antrag der Fraktion Die LINKE - Weitere Freifunk-Hotspots auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Gebäuden -		01.12.2017	

Beschluss Der Hauptausschuss beschließt, dass die Verwaltung der Stadt Gütersloh zu gegebener Zeit die entsprechenden EU-Fördermittel beantragt. Mit den Geldern sollen weitere öffentliche Gebäude und öffentliche Plätze mit Freifunk-Hotspots ausgestattet werden. Es soll ein freier WLAN-Zugang im öffentlichen Raum auf folgenden Plätzen geschaffen werden: Berliner Platz, Konrad-Adenauer-Platz, Willy-Brandt-Platz, ZOB, Kolbeplatz, Dreiecksplatz, Theodor-Heuss-Platz. Die Verwaltung schlägt zum nächsten Hauptausschuss ein Modell zur Umsetzung vor. Dieses beinhaltet eine zeitliche Planung, beleuchtet die finanziellen Auswirkungen und mögliche Nutzungsbedingungen („Fair-Use-Modell“). EU-Fördermittel sind möglichst in Anspruch zu nehmen.

Informationen Der Antrag wird derzeit bearbeitet. Die Registrierungsphase für die EU-Fördermittel ist eröffnet worden, und die Stadt Gütersloh hat sich bereits registriert. Am 15.05.2018, 13:00 Uhr hat die Stadt Fördermittel beantragt. Wegen technischer Probleme wurde der Call widerrufen. Die Stadt hat dann am 07.11.2018 im Wifi4ER-Portal einen Zuschussantrag platziert. Die Europäische Kommission hat inzwischen mitgeteilt, dass die Stadt Gütersloh keine Fördermittel erhält. Die Verwaltung hat am 04.04.2019 erneut im Wifi4ER-Portal einen Zuschussantrag gestellt. Leider wurde die Stadt auch dieses Mal nicht berücksichtigt. Es sind noch zwei weitere Calls geplant, einen in diesem Jahr und einen im nächsten Jahr.

FB	Gremium	Termin	n. öff.	Vorlage	Betreff	WV	zu erl. bis	erl. am
01	Hauptausschuss	06.11.2017		332/2017	Eingabe auf Beseitigung der unzureichenden Entwässerungsverhältnisse im Bereich der Hans-Hossius-Straße		01.10.2018	

Beschluss Die Eingabe wird zur Bearbeitung an die Verwaltung verwiesen.

Informationen Nach dem Starkregen im Juli 2017 ist der Regenwasserkanal Haegestraße überprüft worden. Im Kreuzungsbereich Haegestr./Pestalozzistr. befanden sich erhebliche Mengen abgebundener Betonreste, die den Rohrquerschnitt über die Hälfte einengten. Um die Abflussleistung wieder herzustellen, wurde Ende August/Anfang September die Rohrleitung auf 9,0 m Länge erneuert. Die Ablagerungen dürften die wesentliche Ursache für den Rückstau bis in die Hans-Hossius-Straße gewesen sein. Der Regenwasserkanal Marienfelder Straße bis Dettmers Bach wird derzeit überplant und soll 2018/2019 erneuert werden. Anschließend soll die Erneuerung des Regenwasserkanals in der Haegestraße zwischen Marienfelder Straße und Pestalozzistraße fortgesetzt werden und an den vorhandenen Regenwasserkanal Haegestraße anschließen. In diesem Zusammenhang wird auch die hydraulische Leistungsfähigkeit des Regenwasserkanals Haegestr./Marienfelder Str. überprüft. Es lässt sich bereits jetzt absehen, dass der Kanal an der Marienfelder Str. vergrößert wird. Dadurch wird auch der Bereich der Haegestr. hydraulisch weiter entlastet. Nach Abschluss der Planungsarbeiten (1.HJ 2018) wird über das endgültige Ergebnis der Überprüfungen berichtet. Der Antragsteller wurde vom FB 66 entsprechend informiert. Der Regenwasserkanal Marienfelder Straße bis Dettmers Bach soll 2019 erneuert werden. Die Planungen zur weitergehenden Entlastung des Regenwasserkanalnetzes in dem Siedlungsbereich befinden sich derzeit im Abstimmungsprozess mit zu beteiligenden Behörden, wie z.B.Straßen NRW. Mit einem abschließenden Ergebnis wird 2019 gerechnet.

FB	Gremium	Termin	n. öff.	Vorlage	Betreff	WV	zu erl. bis	erl. am
01	Hauptausschuss	06.05.2019		106/2019	Eingabe auf Information zu den Folgen des Klimawandels		06.08.2019	

Beschluss Die Eingabe wird zur Bearbeitung an die Verwaltung verwiesen.

Informationen Die Verwaltung hat einen Aktionsplan zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Gütersloh am 17.06.2019 im Ausschuss für Umwelt und Ordnung und am 01.07.2019 im Planungsausschuss vorgestellt. Die Öffentlichkeit soll informiert werden, wenn Projekte mit lokalem Bezug erarbeitet worden sind.

FB	Gremium	Termin	n. öff.	Vorlage	Betreff	WV	zu erl. bis	erl. am
01	Hauptausschuss	18.03.2019		45/2019	Eingabe auf Erstellung einer Ratsvorlage zur Vergabe eines Heimatpreises für Gütersloh		30.09.2019	

Beschluss Die Eingabe wird zur Bearbeitung an die Verwaltung verwiesen.

Informationen Der Vorgang wird derzeit bearbeitet.

FB	Gremium	Termin	n. öff.	Vorlage	Betreff	WV	zu erl. bis	erl. am
01	Hauptausschuss	06.11.2017		336/2017	Antrag der CDU-Fraktion - Verbesserung der hausärztlichen Versorgung in der Stadt Gütersloh -		01.03.2020	

Beschluss 1. Die Stadt Gütersloh erstellt ein Konzept zu der Fragestellung, wie kurz- und mittelfristig Hausärzte im Stadtgebiet Gütersloh angesiedelt werden können. Dabei soll ein besonderes Augen merk auf die sozialraumbezogene und wohnungsnahe Versorgung gelegt werden.2. Die Verwaltung stellt dem Ausschuss Handlungsoptionen und Möglichkeiten vor, wie das Konzept – ggfs. in Kooperation mit dem Kreis Gütersloh und der Kassenärztlichen Vereinigung – maßnahmenspezifisch umgesetzt werden kann und erarbeitet hierzu eine Beschlussvorlage.

Informationen Der Antrag wird derzeit bearbeitet. In der Sitzung des Hauptausschusses am 22.01.2018 hat Herr von der Osten von der KVWL Dortmund anhand einer Präsentation über die medizinische Versorgung in der Stadt Gütersloh berichtet. In der Sitzung am 26.02.2018 haben Herr Prof. Dr. Heinze und Herr Borchers das Projekt "Vital-Lokal: Gesundheit und Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land" vorgestellt. Die Verwaltung hat in der Sitzung des Hauptausschusses am 06.05.2019 einen Zwischenbericht dazu abgegeben. Ein Konzept kann erst nach Abschluss des Projektes Anfang 2020 vorgelegt werden.